

Online gestellt und somit verkündet am 14.07.2023 in Dinklage

Amtsblatt für die Stadt Dinklage

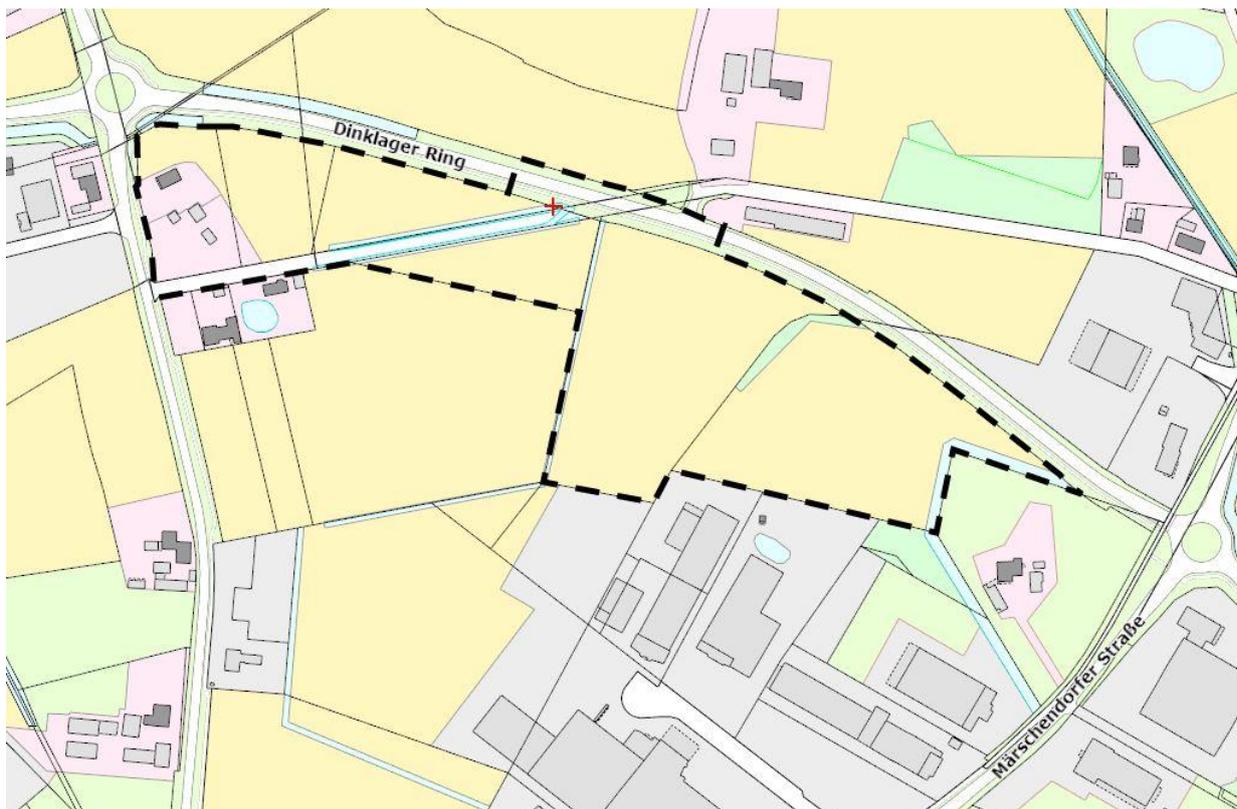
Jahrgang 2 - Nr. 17/2023

Bekanntmachung

Bebauungsplan Nr. 108 „Gewerbegebiet Bahlen-Süd“ – 1. Änderung - (Vereinfachtes Verfahren gem. § 13 Baugesetzbuch (BauGB))

Der Rat der Stadt Dinklage hat in seiner Sitzung am 27.06.2023 den Bebauungsplan Nr. 108 „Gewerbegebiet Bahlen-Süd“ – 1. Änderung - samt Begründung als Satzung beschlossen. Inhalt dieser Planänderung ist die Aufnahme einer textlichen Festsetzung zur Nutzung der „Fläche für Ver- und Entsorgungsanlagen“ ohne Änderung der Planzeichnung. Es handelt somit um eine Ergänzung des Ursprungsbebauungsplanes. Die Bebauungsplanänderung wurde im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB aufgestellt.

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 108 „Gewerbegebiet Bahlen-Süd“ – 1. Änderung - ist aus dem folgenden Kartenausschnitt ersichtlich:



Mit dieser Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan Nr. 108 „Gewerbegebiet Bahlen-Süd“ – 1. Änderung - (ergänzend zum Bebauungsplan Nr. 108) - in Kraft.

Der Bebauungsplan Nr. 108 „Gewerbegebiet Bahlen-Süd“ – 1. Änderung - liegt ab sofort mit der dazugehörigen Begründung unbefristet zu jedermanns Einsichtnahme bei der Stadt Dinklage, Bauamt, Rombergstraße 10, 49413 Dinklage, öffentlich aus. Über den Inhalt des Bebauungsplanes wird auf Verlangen Auskunft erteilt. Die Unterlagen stehen außerdem auf der Internetseite der Stadt Dinklage unter www.dinklage.de (Rubrik: Bauen und Wohnen/Bauleitplanung) zur Einsichtnahme zur Verfügung.

Es wird darauf hingewiesen, dass

1. eine nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB beachtliche Verletzung der dort bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften,
2. eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes,
3. nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorganges unbeachtlich werden, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung dieses Bebauungsplanes schriftlich gegenüber der Stadt Dinklage unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhaltes geltend gemacht worden sind.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 und Abs. 4 BauGB über die fristgerechte Geltendmachung etwaiger Entschädigungsansprüche für Eingriffe in eine bisher zulässige Nutzung durch diesen Bebauungsplan und über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen wird hingewiesen.

Carl Heinz Putthoff